3. Genügt zur Konstruktion eines strafbaren Betrugsversuches die Vorstellung des Täters, daß durch sein Verhalten das Vermögen eines Anderen beschädigt werden könne?

St.G.B. §§ 43. 263.

II. Straffenat. Ur. v. 8. Dezember 1893 g. M. Rep. 3039/93.

I. Landgericht I Berlin.

Auß den Gründen:

Begründet ist die von der Revision erhobene Rüge, daß durch

die in dem Urteile enthaltenen Feststellungen die Anwendung des Strafgesetzes nicht gerechtfertigt werde.

Unklar ist es zunächst, worin die Leistung des Restaurateurs W. bestanden hat, zu dessen Nachtheile der Angeklagte einen Betrug versucht haben soll. Während in dem Urteile an einer Stelle bemerkt wird, W. habe dem Angeklagten die Summe von 3600 *M* gezahlt, heißt es an einer anderen Stelle, der Angeklagte habe auf die Erlangung der ihm von W. gegebenen Wechsel bezw. der Wechselvaluta keinerlei rechtlichen Anspruch gehabt, er habe mithin einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erstrebt und sei sich auch wohl bewußt gewesen, daß W. in seinem Vermögen würde geschädigt werden können. Als erwiesen wird bezeichnet, daß der Angeklagte in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, dem Restaurateur W. falsche Thatsachen vorgespiegelt, W. jedoch den Angaben des Angeklagten nicht geglaubt und sich trotzdem zu der von dem letzteren begehrten Leistung verstanden hat. Deshalb wird angenommen, daß nur der Thatbestand des versuchten, nicht des vollendeten Betruges vorliege.

Bei dem strafbaren Versuche muß der Thäter alle Thatbestandsmerkmale der strafbaren Handlung sich vorgestellt haben. Da es nun nach den Feststellungen des Urtheiles zweifelhaft ist, ob der Angeklagte Geld oder Wechsel erhalten hat, und ob es ihm um die Erlangung von Geld oder um die von Wechseln zu thun gewesen ist, ferner aber lediglich die Erlangung der Wechsel oder der Wechselvaluta als der Vermögensvorteil bezeichnet wird, auf welchen er einen rechtlichen Anspruch nicht hatte, so fehlt es an der zur Anwendung der §§ 263. 43 St.G.B.'s erforderlichen Darlegung, wie sich die Sach- und Rechtslage gestalten würde, wenn der Angeklagte von W. nicht Wechsel, sondern Geld verlangt und erhalten hätte. Wollte man indes auch aus der Gesamtdarstellung des Urtheiles die Auffassung des Vorderrichters entnehmen, daß der Angeklagte weder auf Wechsel noch auf Geld einen rechtlichen Anspruch gehabt habe, so kommt doch in Betracht, daß W. eine Leistung nicht nur gewährt, sondern auch empfangen hat und ohne Würdigung des Wertes der empfangenen Leistung die Annahme einer gewollten oder erzielten Vermögensbeschädigung jeder Unterlage entbehrt. Festgestellt wird nämlich, daß W. als Gegenleistung von dem Angeklagten einen Wechsel über 3600 *M*, welcher

von dem letzteren ausgestellt und von D. & Co. acceptiert war, erhalten und den schließlich von dem Angeklagten eingelösten Wechsel anderweitig in Zahlung gegeben hat. Nicht festgestellt wird aber, daß dieser Wechsel, im Verhältnisse zu dem, was W. geleistet hatte, minderwertig war oder von dem Angeklagten als minderwertig angesehen wurde; der Vorderrichter sieht vielmehr von jeder Erörterung nach dieser Richtung hin ab und beschränkt sich auf die Bemerkung, „der Angeklagte sei sich wohl bewußt gewesen, daß W. in seinem Vermögen würde geschädigt werden können.“ Von welcher Beschaffenheit die als möglich gedachte Vermögensbeschädigung gewesen sein soll, ist nicht ersichtlich. Hat der Angeklagte einen minderwertigen Wechsel, also kein angemessenes Äquivalent gegeben, sodas durch den Austausch von Leistung und Gegenleistung das W.'sche Vermögen vermindert wurde, und ist der Angeklagte sich dessen bewußt gewesen, so ist nicht zu verstehen, wie alsdann nur von der Möglichkeit eines Vermögensschadens und nur von dem Bewußtsein einer solchen Möglichkeit auf seiten des Angeklagten die Rede sein kann. Daß der Angeklagte aber etwa den thatsächlich gleichwertigen Wechsel irrig für minderwertig gehalten habe, wird nirgends angedeutet. Die Ausführungen des Urtheiles drängen zu der Annahme, daß der Vorderrichter die bloße Vorstellung von der Möglichkeit einer Vermögensschädigung als ausreichend zur Erfüllung des Thatbestandsmerkmals der „Vermögensbeschädigung“ angesehen hat, und das ist rechtsirrig.

Uebrigens wird im § 43 St.G.B.'s nur der durch Ausführungshandlungen bethätigte Entschluß, ein Verbrechen oder Vergehen zu begehen, erfordert, und es greifen beim Versuche die Grundsätze vom Eventualdolus in derselben Weise Platz wie bei der vollendeten Strafthat. Gleichgültig ist daher bei dem versuchten Betrüge, ob der Entschluß des Thäters auf die Beschädigung des Vermögens eines Anderen direkt oder indirekt, für alle Fälle oder nur eventuell gerichtet gewesen ist. Unter allen Umständen erforderlich ist es jedoch, daß sein Entschluß die Vermögensbeschädigung umfaßt, daß er sie gewollt hat. Fehlt es an dieser Voraussetzung, so hat er nicht die ganze That mit allen Merkmalen, die zur Erfüllung des gesetzlichen Thatbestandes gehören, gewollt, und es liegt demnach auch kein strafbarer Versuch vor. In der Regel wird freilich derjenige, welcher sich bei Begehung einer That die Möglichkeit eines Erfolges vorstellt, diesen Erfolg

auch in seinen Willen aufnehmen. Notwendig ist dies jedoch keineswegs. Während der Thäter sich vorstellt, daß seine That gewisse Folgen haben könne, kann er gleichzeitig den Eintritt dieser Folgen für so unwahrscheinlich ansehen und den Eintritt eines anderen Erfolges so bestimmt erwarten, daß er mit jener Möglichkeit nicht rechnet und sie von seinem Willen ausschließt. Hat der Angeklagte sich die Möglichkeit, daß W. an seinem Vermögen beschädigt werden könne, nur in solcher Weise vorgestellt, so fällt ihm ein strafbarer Betrugsversuch nicht zur Last. . . .

Das angefochtene Urteil unterliegt daher der Aufhebung.